

BERLIN AKTUELL



Newsletter der MdBs

Bärbel Bas
Mahmut Özdemir

Für Duisburg in Berlin



IMPRESSUM

HERAUSGEBER/ V.I.S.D.P.: BÄRBEL BAS, MDB/ MAHMUT ÖZDEMİR, MDB

REDAKTION: JOHANNES JIANG, MANUEL REIß

LAYOUT & DESIGN: JOHANNES JIANG

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

Texte werden z.T. über die SPD-Bundestagsfraktion bezogen.

www.baerbelbas.de

www.oezdemir-fuer-duisburg.de



Liebe Leserinnen und Leser,

Der neue SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann machte in der Generaldebatte nach Angela Merkels Regierungserklärung deutlich, was die Menschen von der Großen Koalition in den nächsten vier Jahren erwarten können: **„Wir machen Deutschland Stück für Stück ein bisschen gerechter und besser“**.

„Diese Regierungsbildung war die erste, die vom Ausgang eines Mitgliederentscheids abhängig war. Diese Herausforderung haben wir souverän gemeistert“, sagte Thomas Oppermann zu Beginn seiner Rede. Es gelte nun, den Koalitionsvertrag Punkt für Punkt zu realisieren. Vor der Presse hatte Oppermann bereits festgestellt: „Der Koalitionsvertrag ist eine Errungenschaft, die wir verteidigen. Wir werden keinen Streit über die Auslegung anfangen, sondern gemeinsam mit der Regierung die Umsetzung vorantreiben.“

Zuvor hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in ihrer Regierungserklärung gesagt, der Kompass des Regierungshandelns sei die soziale Marktwirtschaft: „Der Mensch im Mittelpunkt unseres Handelns.“

Oppermann führte aus, dass der Staat in der sozialen Marktwirtschaft Rahmenbedingungen dafür setze, dass Unternehmen Gewinne machen können, aber er achte auch darauf, dass Arbeitnehmerrechte geschützt werden. „Das eine darf nicht auf Kosten des anderen gehen“, sagt er. Und darum: „Der Mindestlohn gibt Arbeit Wert und Würde. Er beseitigt Lohndumping“. Die SPD hatte den Mindestlohn in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt.

Auch die Rentenreform, eines der ersten Vorhaben der Großen Koalition, stehe für Gerechtigkeit und Würde. Oppermann: „Auch im Alter muss es einen Anspruch auf ein sicheres Auskommen geben!“ Oppermann machte deutlich, dass Generationengerechtigkeit „in beide Richtungen“ gehe. Die junge Generation werde im Blick gehalten: „Für sie kommt es darauf an, was wir bildungs- und wirtschaftspolitisch tun.“ Insofern sei auch die Investition in Bildung und Forschung ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit.

Die Koalition hat sich vorgenommen, zügig die Energiewende voranzubringen. Strom muss erschwinglich bleiben; auch das steht unter dem Credo des Koalitionsvertrages – die Zukunft



Berlin Aktuell

Newsletter der Bundestagsabgeordneten
Bärbel Bas & Mahmut Özdemir
Ausgabe II/2014 – 03.02.2014

gestalten. Oppermann bekräftigt, dass „ein funktionierendes Energiesystem das Herz-Kreislauf-System einer Wirtschaft“ sei, mahnt aber auch: „Energie muss für die Menschen bezahlbar sein.“

Eines der zentralen Anliegen der SPD-Fraktion ist die Abschaffung des so genannten Optionsmodells im Staatsangehörigkeitsrecht. Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, die Optionspflicht abzuschaffen. Junge Menschen mit ausländischen Wurzeln, die hier geboren sind, kommen nun nicht mehr in die Zwangslage, sich entscheiden zu müssen zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit und der ihrer Eltern, sagte Oppermann vor dem Plenum. Er stellte fest: „Wir sind ein Einwanderungsland. Einwanderung ist keine Belastung, sondern eine Chance“. Schließlich profitiere Deutschland wie kein anderes Land in der EU von der Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD Eva Högl nannte in der Generaldebatte zwei Ziele, die ihr am Herzen liegen: „Verbesserungen für die Bürger und eine Modernisierung der Gesellschaft“. Als Beispiel führte sie die avisierte Mietpreisbremse an, die vor allem Mieterinnen und Mietern in Ballungsräumen helfen wird. Aber auch die Frauenquote, die die Diskriminierung von Frauen in der Arbeitswelt beseitige, gehöre in diese Felder.

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Bärbel Bas, MdB

Mahmut Özdemir, MdB



BERLIN AKTUELL II/2014

Inhaltsverzeichnis

(Um zum jeweiligen Artikel zu springen bitte den dazu gehörenden Titel anklicken.)

TOP-THEMA: Das Rentenpaket bedeutet Gerechtigkeit und Respekt	3
ENERGIEWENDE: Kostendynamik durchbrechen	7
INNENPOLITIK: Sicherheitsbehörden werden kultursensibler agieren	9
GESUNDHEIT: Mehr für die Pflege und die Qualität der medizinischen Versorgung tun	10
RECHT: Koalition packt Mietpreisbremse und Frauenquote an	12

TOP-THEMA

RENTENPAKET

Das Rentenpaket bedeutet Gerechtigkeit und Respekt

An diesem Mittwoch hat das Kabinett den Weg für das Rentenpaket von Bundesarbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) freigemacht. Mit diesem umfangreichen Gesetzesvorhaben beginnt die Große Koalition, die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßte den Kabinettsbeschluss zum Rentenpaket.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann stellte klar, dass es mit dem Rentenpaket darum gehe, Leistungen von Menschen anzuerkennen. Es würden keine Geschenke verteilt. „Deshalb geht es hier um Gerechtigkeit und Respekt“, erklärte Oppermann. Man sollte dabei nicht die Generationen gegeneinander ausspielen. Die SPD-Fraktion habe auch die Zukunftschancen der jungen Generation fest im Blick. Über die entschieden nicht die aktuelle Rentenpolitik, sondern die Investitionen, die in Bildung, Forschung, Infrastruktur und Wirtschaft getätigt und mit denen die Grundlage für künftige Einkommen und die künftige Rentenfinanzierung geschaffen würden.

Das Rentenpaket beinhaltet

- die abschlagsfreie Rente für Menschen, die mindestens 45 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt haben,



- die verbesserte Anerkennung von Erziehungszeiten für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden (sog. Mütterrente),
- höhere Renten bei Erwerbsminderung und
- eine Anpassung der Leistungen für Rehabilitationsmaßnahmen an die demographische Entwicklung.

Damit schließt das Rentenpaket Gerechtigkeitslücken. Dies kommt direkt bei den Menschen an. Deshalb stimmen nach einer Erhebung im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales auch 78 Prozent der Bevölkerung der abschlagsfreien ab 63 Jahren zu, 83 Prozent befürworten die Mütterrente, und 77 Prozent bejahen, dass Menschen, die aus Krankheitsgründen früher in Rente gehen müssen, bei der Erwerbsminderungsrente besser gestellt werden.

Die schnelle Umsetzung des Rentenpaketes sei auch ein Zeichen für die Verlässlichkeit dieser Regierung, sagte SPD-Fraktionsvizein Carola Reimann: „Wir setzen das um, was wir uns vorgenommen haben.“

Die verbesserte Rente sei das eine, die Bekämpfung der Erwerbsarmut das andere, sagte die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Katja Mast: „Denn sichere Renten in Zukunft gibt es nur mit guter Arbeit in der Gegenwart. Deshalb werden wir auch nicht nachlassen, für gute Arbeit zu sorgen. Beispielsweise durch einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn, der als nächstes folgt.“

Abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren

Wer früh angefangen hat zu arbeiten, über Jahrzehnte hinweg in abhängiger Beschäftigung oder selbstständig tätig war und mindestens 45 Jahre lang in die Rentenversicherung eingezahlt hat, soll ab 1. Juli 2014 nach Vollendung des 63. Lebensjahrs ohne Abschläge in Rente gehen können. Ebenso anerkannt werden dabei Zeiten der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen. Berücksichtigt werden auch kurzzeitige Arbeitslosigkeit bei Bezug von Arbeitslosengeld I oder andere Lohnersatzleistungen bei Weiterbildung, Schlechtwettergeld, Kurzarbeit oder im Insolvenzfall des Arbeitgebers. Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit werden nicht berücksichtigt. Das Zugangsalter für die abschlagsfreie



Rente nach 45 Versicherungsjahren wird in den kommenden Jahren schrittweise auf 65 Jahre angehoben.

Damit die abschlagsfreie Rente nicht zu Frühverrentungen in Unternehmen führt, müssen auch die Arbeitgeber Verantwortung übernehmen. Sollte es dazu kommen, werde die Politik dagegen vorgehen, kündigte Thomas Oppermann in der Debatte zur Regierungserklärung der Kanzlerin an.

Bessere Anerkennung von Erziehungszeiten (Mütterrente)

Die Große Koalition will Frauen, deren Kinder vor 1992 geboren sind, bei der Rente besser stellen. Sie erhalten künftig einen Entgeltpunkt mehr für ihre Rente. Mit dieser Maßnahme werden die Erziehungszeiten der Frauen besser anerkannt, die durch fehlende Kinderbetreuungsplätze schlechtere Chancen bei der Berufstätigkeit in Kauf nehmen mussten. Bei den aktuellen Rentenwerten entspricht ein Entgeltpunkt 28,14 Euro im Westen und 25,74 Euro im Osten. Der Unterschied ergibt sich daraus, dass die Errechnung der Entgeltpunkte an die Lohnentwicklung gekoppelt ist.

Erwerbsminderungsrente verbessern

Wer krankheitsbedingt oder wegen eines Unfalls nicht mehr oder nur noch eingeschränkt arbeiten kann und auf eine Erwerbsminderungsrente angewiesen ist, dessen vorherige Arbeitsleistung soll mehr Wertschätzung erhalten. Deshalb soll die so genannte Zurechnungszeit um zwei Jahre verlängert werden. Dabei wird so getan, als ob die Betroffenen, seit sie erwerbsgemindert sind, so wie bisher mit ihrem durchschnittlichen Einkommen weitergearbeitet hätten. Damit wird die Lücke auf dem Rentenkonto gefüllt, ohne dass dafür Beiträge gezahlt werden müssen. Da viele Betroffene bereits vor dem Beginn ihrer Erwerbsminderung Einkommenseinbußen z. B. durch Krankheit oder Wechsel in Teilzeit hinnehmen müssen, was den Durchschnittsverdienst absenkt, sollen künftig die letzten vier Jahre vor der Rente diesen Wert nicht mindern.

Finanzierung des Rentenpakets

Die Kosten des Rentenpakets sollen in diesem Jahr bei 4,4 Milliarden Euro liegen, das sind weniger als zwei Prozent der aktuellen jährlichen Ausgaben der Allgemeinen Rentenversicherung. Davon macht die sog. Mütterrente drei Viertel davon aus. 2015 sollen die



Kosten auf 9 Milliarden Euro steigen, bis 2020 auf 10 Milliarden Euro pro Jahr und bis 2030 auf 11 Milliarden pro Jahr.

Die Finanzierung sichert die Große Koalition durch stabile Beitragssätze ab. Dazu hat sie bereits Ende 2013 ein Gesetz beschlossen, das verhindert, dass die Beiträge auf Grund der Rücklagen in den Rentenkassen gesenkt werden. Die Mehrausgaben können somit aus den Rücklagen finanziert werden. Zudem wird von 2019 an der Bundeszuschuss aus Steuermitteln an die Rentenversicherung erhöht.

Das Gesetzentwurf zum Rentenpaket soll Anfang April in den Bundestag eingebracht und Ende Mai vom Parlament beschlossen werden.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales bietet auf www.rentenpaket.de umfangreiche Informationen zum Rentenpaket an.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Energiewende: Kostendynamik durchbrechen

Deutschland steht vor einer gigantischen Herausforderung: die Energiewende weiter auf Erfolgskurs halten und zugleich die Kostenexplosion bei den Strompreisen eindämmen.

Die Große Koalition hat die Energiewende und die damit einhergehende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) zu einem der ersten und wichtigsten Themen auf ihrer Agenda erklärt.

Am Donnerstagmorgen hat Bundeswirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel (SPD) seine Pläne zur Energiewende und die Grundzüge seiner Wirtschaftspolitik vorgestellt.

Im Zentrum dieser Politik stehe die soziale Marktwirtschaft, die ein „Erfolgsmodell für Deutschland und Europa sei“, so Gabriel. Denn: „Wirtschaftspolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik“. Zweifelsohne sei die Lage in Deutschland momentan recht gut – aber die Investitionsquote sei viel zu gering, mahnte der Minister. „Darum ist es gut, dass wir in die Infrastruktur, vor allem in die digitale Infrastruktur investieren.“ Der Koalitionsvertrag beinhalte



hier sehr gute Vorschläge, die nun umgesetzt würden. Das bedeute letztlich auch ein Mehr an Freiheit, an Demokratie.

Die private Investitionsquote müsse steigen, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bräuchten eine höhere Investitionssicherheit. Darum wolle er sich kümmern. Heutzutage bestimmten Rohstoffe und Energiekosten viel stärker die Industrieentscheidungen als früher. Die Sicherung der Stromversorgung sei eine der wichtigsten Aufgaben moderner Wirtschaftspolitik. Würden in diesem Zusammenhang die Kosten nicht verändert, könne das zur „Deindustrialisierung“ der Bundesrepublik führen. Eine wirksame Kostenbremse im Energiesektor sei unabdingbar.

Ausnahmen bei Energieumlage weiter zulassen

Dazu gehöre auch, energieintensiven Unternehmen weiterhin Ausnahmen von der Energieumlage zu gewähren. Da die EU gegen diese Regelung Einspruch erhoben hat, kündigte Gabriel konstruktive Gespräche mit der EU-Kommission an. Auch den Bundesländern gegenüber machte Gabriel deutlich, dass er deren Bedenken aufnehmen will – „eine Energiewende zum Nulltarif“ gebe es jedoch nicht.

Gabriel will neben Photovoltaik auch für Windkraftanlagen an Land (Onshore) einen so genannten atmenden Deckel einführen. Das bedeutet, wenn mehr neue Windräder als im Rahmen des Ausbaukorridors vorgesehen aufgestellt werden, sinkt automatisch die Einspeisevergütung für weitere Anlagen. Zudem soll die Vergütung im windstarken Norden sinken. Er kündigte an, über diese Punkte nun Gespräche mit den Bundesländern zu führen. Gabriel: „Wir fahren Onshore nicht vor die Wand!“ Das Gesetz soll noch vor der parlamentarischen Sommerpause verabschiedet werden.

"Wir müssen zumindest zu einer Stabilisierung der Kosten kommen. Denn die Energiekosten haben für private wie gewerbliche Konsumenten mittlerweile die Schmerzgrenze überschritten", so Gabriel. „Ich verspreche keine sinkenden Strompreise“ – aber die Kostendynamik solle drastisch gebrochen werden. Er merkte an, dass das Gemeinwohl auch schwierige Entscheidungen erfordern könne.



Hubertus Heil, SPD-Fraktionsvizechef, sagte, dass die Reformen von heute die Sicherheit von morgen bedeuten. Die Große Koalition wolle in den nächsten vier Jahren für eine „neue Ordnung am Arbeitsmarkt“ sorgen. Zum EEG stellte Heil klar, dass es zunächst ein Markteinführungsinstrument gewesen sei, dass es aber nun um die „Marktdurchdringung“ gehe – also müsse es angepasst werden. Durch die Reformierung könnten die Kosten im Griff gehalten werden, so Heil vor dem Plenum. In Richtung der Kritiker sagte er: „Wer erneuerbare Energien will, darf nicht zum Anwalt von Einzelinteressen werden“. Er lud alle Beteiligten zu einem offenen Dialog ein.

INNENPOLITIK

Sicherheitsbehörden werden kultursensibler agieren

Die künftige Innenpolitik der Großen Koalition wird sich vor allem mit drei Themenblöcken befassen, die der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Michael Hartmann, am Donnerstagabend im Bundestag skizziert hat.

Es geht erstens um die weitere Aufarbeitung der Moderserie des Nationalsozialistischen Untergrunds NSU. Dazu gehöre der Umbau der Deutschen Sicherheitsbehörden. Als Beispiel nannte Hartmann eine bessere Zusammenarbeit auf Bund- und Länderebene, aber auch Änderungen bei der Führung von so genannten Vertrauens-Leuten (V-Leute). Die SPD-Fraktion hatte dazu in der vergangenen Legislaturperiode ein Eckpunktepapier vorgelegt. Auch müsse es darum gehen, die Behörden bei ihrer Aufklärungsarbeit kultursensibler zu machen. Zudem müsse die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechtsextremismus stärker eingebunden werden.

Zweitens, so Hartmann, müssten die „Sicherheitsgesetze maßvoll um- und eingesetzt werden“; dazu zähle vor allem die Vorratsdatenspeicherung. Sie dürfe nicht zum Instrument der Ausforschung der Bürger werden. Es gelte zunächst, ein Urteil vom Europäischen Gerichtshof dazu abzuwarten. „Die Vorratsdatenspeicherung muss grundrechtsschonend und mit Richtervorbehalt“ umgesetzt werden, so der Innenpolitiker. Außerdem müssten die Daten der Bürger vor dem unberechtigten Zugriff Dritter geschützt werden.

Als dritten Punkt nannte Hartmann die Organisierte Kriminalität. Neben der Aufklärung etwa der NSA-Affäre müsse auch die Mafia im Blick gehalten werden. Er führte das Beispiel des



Drogen- und Menschenhandels und der Zwangsprostitution an, die etwa aus Osteuropa drohe. Hartmann: „Der Staat darf nicht die Augen verschließen vor der Weiße-Kragen-Kriminalität“.

Die Präventionsarbeit müsse darum in allen Bereichen gestärkt werden, dazu gehöre auch, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden gut zu bezahlen und ihnen Perspektiven zu bieten.

Hartmann schloss seine Rede mit der Bemerkung, die SPD sei eine Partei, die „soziale Sicherheit als Voraussetzung für innere Sicherheit“ sehe. Es dürfe nicht das Gefühl entstehen, „die Großen lässt man laufen, und die Kleinen werden gehenkt.“

Einigung bei der Optionspflicht ein guter Anfang

Der SPD-Innenpolitiker Lars Castellucci legte den Schwerpunkt seines Beitrags auf das Staatsangehörigkeitsrecht, das in den Augen der SPD-Fraktion reformiert werden muss. „Die SPD steht für ein modernes Deutschland mit einem modernen Staatsangehörigkeitsrecht“, sagte Castellucci. Mit Blick auf die Optionspflicht für junge Menschen mit ausländischen Wurzeln betonte er, es falle Betroffenen schwer, sich für eine Zugehörigkeit zu entscheiden. Niemanden bedrohe es, wenn jemand zwei Staatsangehörigkeiten habe. Er zitierte Betroffene, die sagen, sie seien hier geboren, sie arbeiteten hier, sie würden hier Steuern zahlen – warum sie dann nicht einfach alle Deutsche sein dürften? Es gehe dabei auch darum, seine Wurzeln nicht verleugnen zu müssen. Castellucci: „Ohne seine Wurzeln ist der Mensch nicht ganz“. Er betonte, die Einigung mit der Union im Koalitionsvertrag sei „ein guter Anfang“. Demnach soll die Optionspflicht künftig für diejenigen entfallen, die nach 1990 hier geboren wurden.

GESUNDHEITSPOLITIK

Mehr für die Pflege und die Qualität der medizinischen

Versorgung tun

Die Gesundheitspolitik der Großen Koalition stellt die Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt, das machten ihre Rednerinnen und Redner in der Bundestagsdebatte am Donnerstag deutlich.

„Die Qualität unseres Gesundheitssystems, die dazu führt, menschliches Leid zu vermeiden, entscheidet über die Qualität unseres Sozialstaats“, sagte SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach.



Die Politik müsse die Qualität ausbauen und das System bezahlbar halten. Er machte zudem deutlich, dass es ein Erfolg der SPD-Fraktion sei, dass die so genannte kleine Kopfpauschale in der GKV abgeschafft werde. Sie sei eine „Bedrohung für die Solidarität“. Denn danach musste jeder gesetzlich Versicherte, egal, ob er gut verdient oder nur geringe Einkünfte hat, den gleichen Betrag an die Kasse zahlen. Künftig können die Krankenkassen ihre Beitragssätze wieder selbst bestimmen. Der paritätische Beitragssatz liegt bei 14,6 Prozent. Sollte das nicht reichen, haben die Kassen die Möglichkeit, diesen zu erhöhen, und zwar prozentual und damit einkommensabhängig. Außerdem wird es einen Einkommensausgleich zwischen den Krankenkassen auch bei den Zusatzbeiträgen geben.

5 Milliarden Euro für eine bessere Pflege

Lauterbach hob außerdem hervor, dass die von der Koalition geplante Anhebung des Beitragssatzes in der Pflegeversicherung um insgesamt 0,5 Prozent, was 5 Milliarden Euro entspricht, „die größte Erweiterung des Sozialsystems“ bedeutet. Diese Anhebung soll laut Koalitionsvertrag in zwei Schritten erfolgen: Zunächst werden die Beiträge im kommenden Jahr um 0,3 Prozent angehoben, und später erfolgt eine weitere Anhebung um 0,2 Prozent. Davon werden 2 Milliarden für bessere Leistungen für Pflegebedürftige, ihre Angehörigen und das Pflegepersonal finanziert. Um künftige Beitragserhöhungen abzumildern, soll 1 Milliarde in einen Pflegevorsorgefonds fließen, und weitere 2 Milliarden werden für die Umsetzung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs zur Verfügung stehen.

Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Hilde Mattheis, begrüßte, dass die Koalition sich darauf verständigt habe, den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff „schnellstmöglich“ in dieser Legislaturperiode einzuführen. Sie verwies darauf, dass der Koalitionsvertrag klare Projekte, Ziele und Zeiträume für die Gesundheitspolitik der Großen Koalition definiere.

Unterstützung bei Facharztterminen

Die SPD-Abgeordnete Sabine Dittmar stellte in ihrer ersten Parlamentsrede heraus, dass es wichtig ist, gerade mit Blick auf den ländlichen Raum die hausarztzentrierte Versorgung zu stärken. Gut für die Patientinnen und Patienten sei auch die geplante Aufnahme von Rückenleiden und depressiven Erkrankungen in die strukturierten Behandlungsprogramme. Zudem sollen künftig Terminservicestellen, die bei den Kassenärztlichen Vereinigungen



angesiedelt werden sollen, die gesetzlich Versicherten dabei unterstützen, innerhalb von vier Wochen einen Facharzttermin zu bekommen.

RECHT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Koalition packt Mietpreisbremse und Frauenquote an

Justiz- und Verbraucherminister Heiko Maas will bereits im März einen Gesetzentwurf für eine Mietpreisbremse vorlegen. Er stellt seinen Fahrplan im Bundestag vor.

„Dass Justiz und Verbraucherschutz in einer Hand sind, ist eine gute Nachricht für Stromkunden, Internetnutzer, für Käufer und Kleinanleger“, sagte der Bundesjustiz- und verbraucherminister Heiko Maas (SPD) in seiner ersten Regierungserklärung im Deutschen Bundestag. Für den Verbraucherschutz in Recht und Wirtschaft gelte: „Die Zeit der Appelle ist vorbei.“

Maas benannte als eines der dringenden Projekte, den Verbraucherschutz auf dem Grauen Kapitalmarkt zu stärken. Das Beispiel des von Insolvenz bedrohten Unternehmens Prokon zeige, dass erheblicher Handlungsbedarf bestehe. „Risiken müssen offen gelegt werden, damit Anleger abwägen können, ob sie die Risiken eingehen wollen“, befand Maas. Er kündigte an, gemeinsam mit dem Bundesfinanzminister Vorschläge vorzulegen, wie die Irreführung von Anlegerinnen und Anlegern verhindert werden kann. Dazu soll auch die Zuständigkeit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) erweitert werden. Sie solle sich um den kollektiven Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern kümmern, bekräftigte der Minister.

Gesetzentwurf zur Mietpreisbremse kommt im März

Als wichtiges Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag nannte Maas die Einführung einer Mietpreisbremse, um dagegen vorzugehen, dass bei Wiedervermietungen die Preise in Großstädten um 20 Prozent und bis zu über 40 Prozent ansteigen. Einen Gesetzentwurf dazu will er bereits im März vorlegen. Auch in Großstädten müsse das Wohnen bezahlbar bleiben, sagte Maas: „Unsere Städte leben von der Vielfalt in den Wohnquartieren und nicht von der Separierung nach Einkommensgruppen.“ Die Bundesländer sollen künftig Gebiete benennen, in denen bei Wiedervermietung die Mietpreissteigerung maximal zehn Prozent über der



ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf. Die Einführung des Bestellerprinzips, nach dem Makler künftig bezahlt werden sollen (wer bestellt, der bezahlt), bezeichnete er als überfällig, dies werde im zweiten Teil des Gesetzentwurfs geregelt.

Den Abhörskandal durch die NSA erklärte Maas für längst nicht erledigt. Vermeintliche Sicherheitsinteressen dürften die Bürgerrechte nicht einschränken. Aus den Ermittlungsspannen bei der Aufklärung des NSU-Terrors will er Konsequenzen ziehen und Empfehlungen des Untersuchungsausschusses umsetzen. Dazu gehört die Stärkung des Generalbundesanwalts.

Benachteiligungen beseitigen

Rechtspolitik sei immer auch Gesellschaftspolitik, stellt Maas fest. Für zu viele Menschen sei es noch immer eine Utopie, ohne Benachteiligung leben zu können. Deshalb will der Justizminister die Benachteiligungen von eingetragenen Lebenspartnerschaften beseitigen; dazu hat er mit der Änderung des Adoptionsrechts begonnen. Des Weiteren wird er zusammen mit Frauenministerin Manuela Schwesig das Aktienrecht ändern und eine verbindliche Frauenquote in den Aufsichtsgremien der Unternehmen festschreiben.

Dazu bemerkte der rechtspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Burkhard Lischka, es gelte, „die männliche Monokultur in Firmen aufzubrechen.“ Ohne verbindliche Vorgaben würden „Schlipsträger andere Schlipsträger bevorzugen“. Es gebe genug gut ausgebildete Frauen, sagte Lischka.

Außerdem wies Lischka darauf hin, dass Deutschland nun endlich das Antikorruptionsabkommen der Vereinten Nationen unterzeichnen müsse. 169 Staaten hätten dies bereits getan. Abgeordnetenbestechung müsse strafbar sein.

Neue Perspektive in der Verbraucherpolitik

SPD-Verbraucherpolitikerin Elvira Drobinski-Weiß begrüßte, dass durch den Koalitionsvertrag das Leitbild vom „mündigen Verbraucher“ der Vergangenheit angehöre. Die Verbraucherpolitik werde sich nun am „realen Verbraucher“ orientieren, der nicht immer alles rational entscheide. Künftig habe die „Verbraucherforschung einen starken Einfluss auf Gesetzentwürfe“, sagte Drobinski-Weiß. Ein Sachverständigenrat mit unabhängigen Experten werde Gutachten abgeben und für eine „effektivere und effizientere“ Verbraucherpolitik sorgen.